Migrationsbeirat der
Landeshauptstadt München

Kein Abschiebeterminal am Münchner Flughafen

Antragsteller: Arif Abdullah Haidary über den A4

Eingebracht in dem Ausschuss A4 über den Erweiterten Vorstand

Antrag Nr. 99-23-26
Vollversammlung vom 01.12.2025

I. Antrag:

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München fordert, dass die Stadt München sich aktiv gegen den Bau des Abschiebeterminals ausspricht. Als Anteilseignerin der Flughafen München GmbH (23 % der Anteile) trägt die Stadt Verantwortung. Die Bürgermeister*innen und andere städtische Vertreter*innen im Aufsichtsrat sind verpflichtet, die Grundsätze von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und humanitärer Flüchtlingspolitik zu wahren und gegen Bau und Betrieb des Terminals zu stimmen.

Laut Statistiken ist die Anzahl der Asylantragstellenden 2025 und 2024* massiv zurückgegangen, daher sehen wir allein das Nutzen eines solchen Terminals nicht. In Zeiten knapper Kassen in unserer Stadt sollte bei einer Abstimmung über dieses Verfahren, das auch berücksichtigt werden.

*Siehe: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/76095/umfrage/asylantraege-insgesamt-in-deutschland-seit-1995/

II. Begründung

Die Bundesregierung plant am Münchner Flughafen den Bau eines Abschiebeterminals. Das geplante Gebäude soll auf rund 20.000 Quadratmetern entstehen und bis zu 50 Einzel- und Sammelabschiebungen pro Tag ermöglichen. Fertigstellung ist spätestens für 2028 vorgesehen.

München hat sich im Rahmen der Bündnisse „Sicherer Hafen“ und „Solidarische Stadt“ verpflichtet, Bleibeperspektiven zu fördern und Abschiebungen im Rahmen städtischer Möglichkeiten zu verhindern. Der Bau eines Abschiebeterminals am Flughafen steht in direktem Widerspruch zu dieser Selbstverpflichtung.

Ein solches Terminal würde:

- ein Symbol der Ausgrenzung darstellen,
- erhebliche finanzielle und organisatorische Ressourcen binden, die dringend für Integrationsprojekte, soziale Teilhabe und Beratung von Geflüchteten benötigt werden,
- Abschiebungen normalisieren und das Vertrauen von Geflüchteten und Migrant*innen in staatliche Institutionen untergraben.

Der geplante Standort liegt auf Erweiterungsflächen, deren Nutzung ein Planfeststellungsverfahren erfordert. Dies verursacht Verzögerungen, Kostensteigerungen und juristische Unsicherheiten. Zudem lehnt die Stadt Freising diesen Standort ab.

Anstatt in neue Abschiebeinfrastruktur zu investieren, sollten die Mittel für Beratung, Integrationsförderung und nachhaltige Teilhabe von Geflüchteten eingesetzt werden. Diese Maßnahmen sind kosteneffizienter, wirkungsvoller und menschenwürdiger.

Forderungen des Migrationsbeirats:

1. München muss als „Sicherer Hafen“ klar Stellung beziehen: Der Bau eines Abschiebeterminals ist nicht notwendig, unverhältnismäßig teuer, rechtlich problematisch und gesellschaftlich kontraproduktiv. Die Stadt soll gegen zusätzliche Abschiebestrukturen eintreten und sich für eine humane Migrationspolitik einsetzen.
2. Die Stadt München soll sich offiziell gegen den Bau des Rückführungsterminals aussprechen und alle städtischen Vertreter*innen in Gremien anweisen, entsprechend dagegen zu stimmen. Dabei müssen Menschenrechte, Asylrecht und Sozialrecht als übergeordnete Maßstäbe gelten.

<u>III. Beschluss nach Antrag</u>

Mehrheitlich beschlossen

gez.	gez.	gez.
Dimitrina Lang	Lara Galli	Arif Abullah Haidary
Vorsitzende	1. Stellvertretende Vorsitzende	2. Stellvertretender Vorsitzender